

EIN BERICHT ZU JEMEN ZWISCHEN AUFSTAND UND ÜBERGANGSZEIT

Sarah G. Ahmed

1. Die institutionellen Feinde der Protestbewegung

Das wichtigste Merkmal der Stammesgesellschaft im Jemen ist das hierarchische System, das die Gesellschaft in Kasten unterteilt, deren Zugehörigkeit unveränderlich ist. Somit erben die Menschen eine bestimmte Stellung bzw. einen Rang in der Gesellschaft, wobei zwar Verschiebungen zwischen den sozialen Schichten durch Änderung des wirtschaftlichen Status möglich sind, der gesellschaftliche Rang jedoch bestehen bleibt. Damit lässt sich feststellen, dass die jemenitische Gesellschaft in Kasten unterteilt ist, unter denen hinsichtlich der finanziellen und autoritären Stärke die folgenden drei herausragen: erstens die Kaste der Stammesführer bzw. „Scheiche“, gefolgt von der Kategorie der Nachfolger der Haschemiten, die gemäß ihrem Glauben ihre Überlegenheit daraus herleiten, dass sie direkt von der Familie des islamischen Propheten Mohammed Ibn Abdullah des Hashemiten abstammen. Nach den beiden Kategorien der Scheiche und Haschemiten-Nachfolger gibt es die Kaste der Richter und des Klerus, deren Macht ebenfalls auf theokratischer religiöser Grundlage beruht und zwangsläufig auf die nachfolgenden Generationen der gleichen Familien übertragen wird. Die dritte gesellschaftliche Kaste besteht aus Landbesitzern und Stammesangehörigen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass diese drei gesellschaftlichen Kasten ihre Bedeutung in Südjemen nach der 1960 erlangten Unabhängigkeit und der Gründung der Demokratischen Volksrepublik Jemen verloren, in der die Jemenitische Sozialistische Partei in Südjemen bis 1990 regierte. Außerdem gelang es durch die sozialistische Politik im Süden, die Trennung der gesellschaftlichen Kasten durch einheitliche Bildung, Verstaatlichung und obligatorische Pfadfinderlager für Jugendliche beider Geschlechter unter Teilnahme von Kindern aus allen gesellschaftlichen Schichten zu überwinden. Die drei genannten Gruppen behielten jedoch in der nördlichen Hälfte von Jemen selbst nach der Beseitigung der königlichen Herrschaft und der Gründung der Jemenitischen Arabischen Republik ihre Bedeutung bei. Trotz des Übergangs von der Monarchie zur Republik blieben diese drei Gruppen dort immer noch die tatsächlichen Herrscher – entweder durch Wahl des Präsidenten oder durch dessen Beseitigung wie im Fall der Ermordung von Präsident Ibrahim al-Hamdi. Dieser hatte in seiner Amtsperiode die ausdrückliche Anweisung gegeben, die Autorität der Stammesführer einzuschränken und Zivilpersonen das Tragen von Waffen zu untersagen, abgesehen von seiner linken Gesinnung, die die Stammesführer und ihre Verbündeten in Saudi-Arabien provozierte, da diese ein Vordringen des linken Flügels im Norden sowie dessen möglichen Schulterschluss mit der Linken im Süden befürchteten. Auf diese Weise wurde Ali Abdullah Salih, der zum Hashid-Stamm, dem mächtigsten Jemens gehörte, Präsident. Er erhielt alle erforderliche Unterstützung von Abdullah Bin Hussein Al Ahmar, dem Oberhaupt der Familie Al Ahmar, die alle nördlichen Stämme anführt, die in Salih die Gewähr sahen, die Macht des Stammes aufrechtzuerhalten.

1990 unterzeichnete der Präsident von Nordjemen, Ali Abdullah Salih, den Vereinigungsvertrag mit dem Präsidenten des Südens, Ali Salem Al Beed und rief mit ihm gemeinsam die Republik Jemen aus. Beide ehemaligen Regime bemühten sich, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht zu einem liberaler orientierten neuen System zu verschmelzen und strebten eine „offene Marktwirtschaft“ an, die zur damaligen Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der UdSSR eine globale Tendenz war. Die offensichtlichste Folge der planlosen und überhasteten Bemühungen, sich aller sozialistischen Merkmale im Süden zu entledigen sowie der auf die Vereinigung folgenden Maßnahmen war die Konzentration auf eine Privatisierung der staatlichen Institutionen und deren Ausverkauf an Geschäftsleute, die in enger Beziehung zu den Stämmen im Norden bzw. zum Präsidenten Salih selbst standen. Nach der Privatisierungswelle gab der Staat allmählich jegliche Verantwortung ab und die vormals öffentlichen Institutionen gingen ganz einfach in den privaten Besitz einer Gruppe bevorzugter Geschäftsleute sowie der Familie des Präsidenten und dessen Hashid-Stamm über.

Nachdem der Staat seine grundlegenden Verpflichtungen aufgegeben hatte und den Menschen nach dem

Verkauf der meisten staatlichen Institutionen an wenige Privatleute keine Alternativen geboten wurden, begannen die Menschen, die steigenden Inflationswellen zu spüren, als die staatliche Unterstützung für grundlegende Dienstleistungen wegfiel und im Zuge der Privatisierung von Fabriken, Unternehmen und anderen Produktionsstätten Massenentlassungen folgten. All diese Faktoren wirkten sich besonders auf die Mittelschicht aus, die zwischen 1994 und 2005 allmählich verschwand. Wenngleich der Norden und Süden die wirtschaftlichen Rückschläge und die Korruption gleichermaßen erlitten, spürten die Menschen im Süden die Ungerechtigkeit stärker. Am 7. Juli 1994 erließ Ali Abdullah Salih strenge Anweisungen, die meisten Südjemeniten mit hohem militärischen Rang zu entlassen, und er nutzte die verstaatlichten Ländereien, um sie als Geschenke an alle jene Stammesmitglieder und Offiziere zu verteilen, die ihn im Bürgerkrieg 1994 zur Macht verholfen hatten.

Obwohl sich die wirtschaftliche Situation in den 1990er Jahren - insbesondere nach dem Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden im Sommer 1994 - rasch verschlechterte, wurden in der jemenitischen Gesetzgebung wesentliche Änderungen vorgenommen, da das Salih-Regime unter dem Druck des Westens gezwungen war, sich wie die gesamte Region in Richtung politischen Pluralismus zu entwickeln. So führte Artikel 61 (1991) beispielsweise die politischen Parteien als Mittel zur Stabilisierung und einer gesunden politischen Praxis an, um einen friedlichen Übergang der Macht zu ermöglichen. Dies sah allerdings ganz anders aus als das Image der politischen Parteien, das die Öffentlichkeit aus den zurückliegenden Jahren der totalitären Regime sowohl im Süden als auch im Norden vor der Vereinigung im Gedächtnis hatte. Artikel 61, der auch als das Gesetz über die politischen Parteien bekannt war, ermöglichte es politischen Parteien, die fast dreißig Jahre lang geheim und im Untergrund agiert hatten, an die Öffentlichkeit zu treten und sich offiziell registrieren zu lassen. Ähnliches trifft auf das Gesetz über Presse und Veröffentlichungen (Artikel 25, 1990), das Wahlgesetz (Artikel 13, 2001) und das Gesetz über nationale Organisationen und Institutionen (Artikel 1, 2001) zu. Alle diese Gesetze führten zur Bildung zahlreicher politischer Parteien, privater Zeitungen und Hunderte NRO, die zusammen ein oberflächliches Erscheinungsbild gaben, mit dem sich das Regime gegenüber der Welt als das neue demokratische und liberale Jemen zu präsentieren bemühte. In Wirklichkeit war diese Oberfläche eher quantitativ als qualitativ ausgerichtet, und der eigentliche Sinn des politischen Pluralismus war abhanden gekommen. Anstatt ein politisches Gleichgewicht zu schaffen und die Tätigkeit der Regierung zu überwachen, waren die politischen Parteien zu sehr verstreut und auseinander gerissen, sodass die Opposition eher eine Scheinopposition war, die lediglich dem „demokratischen“ Image des Regimes diente. Folglich wurden über die Jahre hinweg Scheinwahlen abgehalten, an denen sich Dutzende Parteien beteiligten und verloren, um lediglich als Rechtfertigung dafür zu dienen, dass Salih und seine Partei im Namen der „Demokratie“ an der Macht blieben, während sein Regime weiterhin die Stammesherrschaft in Form einer Republik aufrecht erhielt, in der überall die Politik nach dem Motto „Teile und herrsche“ angewandt wurde. So wurde zum Beispiel erst die religiöse Sekte der Zaidi gefördert, aus der später die Al-Houthi-Bewegung gegen die sunnitischen Fundamentalisten hervorging, und dann wiederum die andere Seite unterstützt. Jegliche Privilegien, die Südjemen als unabhängiges Land genossen hatte, wurden beseitigt. Dies verursachte zunehmenden Groll im Süden gegen das Regime im Norden. Zwischen 2004 und 2010 zeigte sich jedoch, dass die Politik des Regimes allmählich außer Kontrolle geriet, als sechs Kriege in Saada im Osten des Landes zwischen der Armee und der Houthi-Bewegung geführt wurden, eine friedliche Bewegung im Süden die Trennung zwischen Nord und Süd in den Grenzen vor 1990 forderte, und schließlich Al Kaida im Süden und Westen von Zeit zu Zeit aktiv wurde. All dies kam zum beschleunigten Zusammenbruch aller Bereiche des öffentlichen Sektors aufgrund der Korruption hinzu und vermittelte den Eindruck, dass das Salih-Regime nur noch bemüht war, einen gescheiterten Staat in den Griff zu bekommen.

2. Die Gründe für die Proteste

Wenn man seine Augen verschließt und sich in die Zeit vor dem vierzehnten Januar 2011 zurückversetzt, ergibt sich ein seltsames Bild. Dies ist keine Zeit, um Einzelheiten wie die erschreckende Analphabetenrate, die Armut und den niedrigen Status der Frauen zu analysieren, die immer wieder als Klischees herangezogen wurden, um die Situation im Jemen zu erklären. Nur anhand einer tiefgreifenden Analyse lässt sich herausfinden, wie sich eine ganze Generation junger Jemeniten dieser Situation fügte und sich an die Lage gewöhnte.

Die vielen Bürgerkriege, politischen Rückschläge, Exekutionen, Ermordungen und Verhaftungen, die die Eltern der 80er- und 90er-Generation erlebten, schufen ein Klima der Passivität und Unterwürfigkeit für die jemenitische Jugend, was die Voraussetzung dafür war, dass sie sich an Dinge anpassten, die für ihre Altersgenossen an anderen Orten der Welt nicht hinnehmbar gewesen wären. Außerdem ist klar

geworden, dass die meisten Menschen dieser Generation oft die Kinder der Armen sind, obwohl ihre Eltern einmal zur Mittelschicht gehörten, die jedoch nach und nach gegenüber der regierenden Minderheit an Gewicht verloren hatte, welche die Reichtümer des Landes kontrolliert und die große Mehrheit an der Armutsgrenze oder oft noch darunter belässt. All diese Faktoren führten dazu, dass die Mehrheit der Menschen ins wirtschaftliche, soziale und kulturelle Abseits fiel, was eine automatische Folge des Zusammenbruchs der Infrastruktur der Gesellschaft war, der nach dem Zerfall des gesellschaftlichen Überbaus im kulturellen und sozialen Bereich eintrat und keine Möglichkeit bot, irgendeine politische Identität für die Mehrheit der jungen Jemeniten zu entwickeln.

Einerseits legte die Mehrheit der jemenitischen Jugend, die mehr als 60 % der jemenitischen Bevölkerung ausmacht, in den letzten zwei Jahrzehnten nie irgendeine bedeutende politische Beteiligung an den Tag. Andererseits stieg jedoch ein geringer Anteil der jemenitischen Jugend in das politische Leben ein. Und obwohl die jemenitischen Jugendlichen, die politischen Parteien beitraten, unterschiedlichen Parteien angehörten, entschied sich die Mehrheit von ihnen für eine der beiden folgenden: die Partei Islah (Jemenitische Vereinigung für Reform) der Muslimbruderschaft oder die Partei des Allgemeinen Volkskongresses, die die Regierungspartei ist. Die Jugendlichen traten der ersten bei, weil sie dort eine spirituelle und religiöse Interpretation der wirtschaftlichen und zahlreichen gesellschaftlichen Mängel erhielten, mit denen die jungen Jemeniten konfrontiert waren, während es an anderen realistischen und inspirierenden politischen Ideologien mangelte. Die Jugendlichen dieser Generation schöpften dort die Hoffnung auf Rettung aus der düsteren Realität durch die verschwommene Vorstellung eines theokratischen Staates, der in den Parteizeitungen, in Schulplänen und Veröffentlichungen angepriesen wurde. Im Gegensatz zu den Ideologien der Muslimbruderschaft Islah war die Partei des Allgemeinen Volkskongresses für jüngere Männer und Frauen lediglich aufgrund der Beispiele von Personen interessant, die in kürzester Zeit allein dadurch plötzlich reich, mächtig und berühmt wurden, dass sie Mitglieder in dieser Partei geworden waren.

Dieses politische Umfeld sowie die äußerst schwierige sozioökonomische Situation führten dazu, dass 45 % der Jemeniten gemäß jüngster Statistiken der UNDP arm sind und mit einem Einkommen von weniger als 2 \$ pro Tag auskommen müssen. Was jedoch von der Mittelschicht übrig war, bildete die Basis jener Menschen, die Veränderungen einforderten, die eine gerechte Beendigung der Kriege in Saada, ernsthafte Verhandlungen über den Status des Südens, Rechenschaftslegung, Transparenz und Freiheit für politische Häftlinge bedeuteten, deren Zahl bereits Tausende Aktivisten, Journalisten und Bürger umfasste.

3. Linke Akteure bei den Protesten

Der erste Protest gegen das Regime von Salih erfolgte am 15. Januar 2011, gleich nachdem Bin Ali Tunesien verlassen hatte. Dieser Protest war eine Reaktion auf einen Facebook-Aufruf, der von einer Gruppe von Journalisten und Bürgerrechtlern ausgegangen war. Nach dieser ersten Protestkundgebung folgten tagtäglich weitere Proteste außerhalb des Universitätscampus von Sanaa, an denen drei Gruppen gleichzeitig teilnahmen. Diese drei Gruppen bestanden aus der gebildeten Elite bzw. Intelligenz, dem Studentenausschuss der Jemenitischen Sozialistischen Partei und Universitätsstudenten, die in ihrer Mehrzahl keiner Partei angehörten. Zwischen Mitte Januar und dem 3. Februar wurde auf allen Protesten außerhalb der Universität von Sanaa das Ende des Salih-Regimes gefordert. Am 3. Februar 2011 rief das oppositionelle Bündnis „Joint Meeting Parties“ zu einem „Tag des Zorns“ auf, an dem es eine Kundgebung außerhalb des Campus abhielt, auf der politische Reformen gefordert wurden. Die Opposition griff mit ihren Forderungen jedoch nicht die Forderungen der Protestbewegung auf, die bereits früher begonnen hatte, wodurch es zu einem Bruch mit der linken Jugend kam, die bereits zuvor im Januar protestiert hatte und auf den Sturz des Regimes drängte. Die ältere formelle Führung der Jemenitischen Sozialistischen Partei blieb hinsichtlich der Forderungen konservativ, da die Jemenitische Sozialistische Partei Mitglied im Oppositionsbündnis „Joint Meeting Parties“ war, in der ebenfalls die Jemenitische Vereinigung für Reform (Islah), die sich an der islamischen Muslimbruderschaft orientierte und auf Stammesstrukturen im Norden basierte, sowie die Hizb Al-Haq (eine halbreligiöse Partei), die Unionistische Partei und die Unionistische Volkspartei vertreten sind, die sich 2005 gemeinsam zur JMP zusammengeschlossen hatten.

Am 11. Februar 2011 wurde das erste Zelt auf dem Platz der Freiheit in Taiz, einer Stadt in der Mitte zwischen dem Norden und Süden Jemens errichtet. Eine Woche später bauten jemenitische Jugendliche in Sanaa unter Führung des Studentenausschusses der Jemenitischen Sozialistischen Partei vor dem Universitätsgelände ihre eigenen Zelte auf, und im Laufe der folgenden Wochen kamen Stämme aus allen Teilen des Landes hinzu, um den Platz des Wandels zu errichten. Zur gleichen Zeit trat ebenfalls eine neue

Strömung im Süden in Erscheinung, die sich in ihren Forderungen von jenen unterschied, die die Trennung gefordert hatten, als am 16. Februar Jugendliche in Aden, der Hauptstadt des früheren Südstaates, auf die Straßen gingen und die gleichen Forderungen stellten wie die Jugendlichen in Sanaa und Taiz und dabei Fahnen der Vereinigung schwenkten.

Besonders interessant war die Beobachtung, wie sich der rechte Flügel allgemein und insbesondere die religiösen Parteien einen Monat nach Beginn der Proteste den Demonstrationen auf dem Platz des Wandels anschlossen und dabei von der Polizei attackiert wurden. Auch die offizielle Führung der Linken versammelte sich erst auf dem Platz des Wandels, nachdem alle anderen Parteien hinzugekommen waren, ganz im Gegensatz zum Auftreten der linksgerichteten Studenten. Hinzu kommt, dass in der gesamten Zeit von Februar bis April Frauen eine sehr wichtige Rolle spielten. Linksgerichtete Studentinnen beteiligten sich gemeinsam mit politisch bisher nicht aktiv gewordenen Studentinnen am Aufbau der Zelte, bewachten die Zugänge zu den Sitzstreifflächen, Protestdemonstrationen und Feldlazaretten und nahmen vor allem an Aufklärungskampagnen und Verhandlungsrunden zwischen den Stämmen sowie den Koalitionen teil, die sich auf dem Platz formiert hatten. Der Aufruf in einer Rede von Salih, dass Männer und Frauen aus religiösen und moralischen Gründen nicht Seite an Seite protestieren sollten, wurde jedoch von den Demonstranten der Muslimbruderschaft Islah mit derselben Logik aufgegriffen und sie schlugen schließlich auf Aktivistinnen ein, die sich weigerten, auf getrennten Demonstrationen zu protestieren, an denen lediglich Frauen teilnahmen. Angesichts der fanatischen rechtsgerichteten Ideologie, die sich unter den Armen und Analphabeten breit gemacht hatte, blieb die Beteiligung der Frauen zwar nach wie vor bedeutend, war jedoch nicht mehr so zahlreich wie auf den Plätzen zuvor. Dafür entwickelte sie sich jedoch an anderen Orten wie den Konferenzen, auf denen die Revolution im Ausland und gegenüber den Medien vorgestellt wurde.

4. Forderungen von Demonstranten der Linken

Ende Februar hatten sich über 400 Koalitionen auf dem Platz des Wandels in Sanaa gebildet. Liberale, Linke sowie politisch unparteiliche Aktivisten bildeten den Koordinationsrat der Jugendrevolution des Wandels, um für die Beteiligten an der Revolution ein gemeinsames Dach zu schaffen. Anfang März 2011 kündigten sie dann die Erklärung der Forderungen der Jugendrevolution an, in der die Forderungen der Revolution enthalten waren, auf die man sich auf all den Plätzen des Wandels und der Freiheit in ganz Jemen geeinigt hatte. In dem Dokument wurden die folgenden Forderungen erhoben:

1. Friedliche Beseitigung des gegenwärtigen Regimes und Entfernung aller seiner Vertreter sowie der Mitglieder der Familie des Präsidenten und seiner Verwandten von allen Führungsposten in den militärischen und bürgerlichen Einrichtungen.
2. Bildung eines präsidentialen Übergangsrates, der aus 5 zivilen Mitgliedern besteht, die für ihre Kompetenz, Integrität und Erfahrung weithin bekannt sind. Diese Mitglieder müssen von den Jugendrevolutionsführern und den nationalen Gewalten bestätigt werden. Personen, die das frühere Regime verkörpern, sollten von der Auswahl ausgeschlossen sein. Die präsidentiale Übergangskommission wird für alle Entscheidungen und Erlasse verantwortlich sein, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Forderungen der Revolution durchgesetzt werden. Nach ihrer Arbeit in der präsidentialen Übergangskommission werden die Mitglieder vor Ablauf einer Wahlperiode nicht berechtigt sein, sich um den Posten des Präsidenten oder des Ministerpräsidenten zu bewerben.
3. Nach dem Sturz des Regimes muss die Kommission eine sechsmonatige Übergangszeit einberufen. Dieser Zeitraum beginnt mit einem Verfassungserlass über die Erklärung der Beendigung der gegenwärtigen Verfassung und die Auflösung des Parlaments, des Shura-Rates und der Lokalen Räte.
4. Die präsidentiale Übergangskommission wird eine weithin akzeptierte nationale Persönlichkeit ernennen, die innerhalb eines Monats ein Übergangskabinett aus qualifizierten Technokraten bilden wird.
5. Es wird eine Nationale Übergangsleitung gebildet, in der Vertreter der Jugend und aller politischen und nationalen Kräfte vertreten sind. Diese Nationale Übergangsleitung wird Folgendes gewährleisten:
 - a. Eine Lösung der Südjemenfrage, die eine gerechte und befriedigende Antwort darstellt.
 - b. Eine Lösung der Situation in Saada, mit der die Auswirkungen der vorangegangenen Ereignisse beseitigt werden.
 - c. Beobachtung der Tätigkeit der präsidentialen Übergangskommission und des

- Übergangskabinetts.
- d. Bildung eines neuen Obersten Wahlrates, der für die Korrektur der Wählerverzeichnisse und die Vorbereitung freier und gerechter Wahlen während des Übergangszeitraums verantwortlich ist.
 - e. Auswahl eines Ausschusses zuverlässiger Rechtsberater zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung für einen zivilen, demokratischen und modernen Staat, der über ein republikanisches Parlamentssystem auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts sowie über ein System der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung der Bürger verfügt. Die neue Verfassung muss nach drei Monaten ab Erarbeitungsbeginn fertig gestellt und anschließend einer Volksbefragung unterzogen werden.
6. Umstrukturierung des Obersten Justizrates, um die vollständige Trennung und Unparteilichkeit der Justizbehörde zu gewährleisten.
 7. Auflösung des Informationsministeriums und Bildung einer unabhängigen obersten Behörde, die die Meinungsfreiheit und Vielfalt der Medien- und Kommunikationslandschaft sichert.
 8. Auflösung des Ministeriums für Menschenrechte und Schaffung eines unabhängigen Menschenrechtsrates.
 9. Rechtliche Belangung und strafrechtliche Verfolgung korrupter Offiziere und Rückführung öffentlicher Besitztümer und Gelder.
 10. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und vermisster Personen sowie Auflösung von Sondergerichten und privaten Gefängnissen.
 11. Rechtliche Belangung aller Personen, die Tötungen und Verletzungen von Teilnehmern der friedlichen Demonstrationen verursachten, Beihilfe leisteten oder dazu aufriefen. Angemessene Entschädigung der Familien der Verstorbenen und deren gebührende Ehrung.
 12. Auflösung der Politischen Sicherheitskräfte und der Nationalen Sicherheitskräfte sowie Bildung einer neuen speziellen nationalen Sicherheitsbehörde unter dem Dach des Innenministeriums. Die neue nationale Sicherheitsbehörde wird für die Beobachtung äußerer Bedrohungen Jemens zuständig sein.
 13. Zusammenführung der Republikanischen Garde mit den Streitkräften und Auflösung des Nationalen Verteidigungsrates, um die vollständige Unparteilichkeit der Armee und der Sicherheitskräfte zu gewährleisten.

Als diese Forderungen angekündigt wurden, zeigte die JMP keinerlei Reaktion und verlautbarte in ihren Kommentaren in den Medien lediglich, dass sie zu 100 % hinter den Schritten und Entscheidungen der Plätze des Wandels stehen würden. Inzwischen setzten sich die Demonstrationen trotz brutaler Attacken gegen sie wöchentlich fort und die Sitzstreiks wurden tagtäglich größer, bis sie mehr als drei Hauptstraßen in der Umgebung des Universitätscampus mit Zelten für die Stämme, Studenten und Arbeiter füllte, die diese Zelte bezogen, um sich an den Sitzstreiks zu beteiligen. Außerdem nutzte die Intelligenz ihre eigenen Zelte für Seminare und Fachsitzungen, um die Protestierenden zu unterrichten. So gab es zum Beispiel ein Zelt der Rechtsanwälte, in dem alle am Sitzstreik beteiligten Rechtsanwälte Unterricht zur Verfassung, dem Völkerrecht und der Übergangsgerechtigkeit abhielten und viele andere ähnliche Zelte, die von den Protestteilnehmern und insbesondere von den Stämmen aus den Dörfern stark besucht wurden.

5. Organisationsmethoden

Tatsache ist, dass das Konzept eines friedlichen Kampfes in der arabischen Welt und in Jemen noch neu ist, denn die Menschen haben bislang nicht massiv an solchen Aufständen teilgenommen. In Jemen gibt es zwei Beispiele aus der Zeit vor der Februar-Revolution: die friedliche südjemenitische Bewegung und die bürgerliche Protestbewegung für Menschenrechte und Rechte der Frauen jeden Dienstag vor dem Jemenitischen Kabinett. Diese beiden Protestformen waren immer noch elitär ausgerichtet und erfolgten nicht unter Beteiligung größerer Menschenmassen. Deshalb erlernten die Leute das Konzept friedlicher Proteste durch die Praxis, indem sie sich an der Februar-Revolution und den Sitzstreiks beteiligten. So bemühten sich die Stammesangehörigen aus allen Teilen des Landes, die sich am Platz des Wandels in Sanaa beteiligten, immer wieder darum, dem übrigen Land, den Medien und der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, dass sie ihre Waffen zurückgelassen hatten und nicht die Absicht hatten, Rache für die Familienangehörigen zu üben, die während der Proteste erschossen wurden oder ihr Leben gelassen hatten.

Um die Organisation und den friedlichen Ansatz während der Proteste aufrechtzuerhalten, wurden die sozialen Netzwerke eingesetzt, um die Zeiten und Orte der Proteste bekanntzugeben. Auf dem Platz selbst wurde ebenfalls eine Bühne errichtet, um den Teilnehmern die Protestmärsche anzukündigen. Obwohl

Anfang März viele ausländische Reporter aufgerufen wurden, das Land zu verlassen, gelang es den Demonstranten, auf jedem Platz im Land ein Medienzelt zu errichten, in dem Amateurfotografen und Videofilmer sowie Berufsjournalisten, die der Revolution zugeneigt waren, die täglichen Ereignisse dokumentierten und ihre Aufzeichnungen an die verschiedenen internationalen Medienkanäle sowie die sozialen Medien und Websites verschickten.

Die in der Joint Meeting Parties vertretene traditionelle Opposition lehnte Verhandlungen mit dem Regime, wie die Jugend auf den Plätzen sie bis zum 18. März 2011 forderten, weiterhin ab. Am Freitag, der später „Al Karama – Freitag der Würde“ genannt wurde, wurden in weniger als einer Stunde während des Freitagsgebets 60 friedliche Demonstranten ermordet und über 300 Personen durch Schüsse von Heckenschützen verletzt, die sich auf dem Dach des Gouverneurssitzes in der Nähe des Platzes des Wandels in Sanaa verschanzt hatten. Infolge der Ereignisse vom 18. März kam es zu einer enormen Welle von Rücktritten von Regierungsbeamten, Diplomaten, nationalen Berichterstattern und Journalisten. Ein Wendepunkt wurde jedoch erreicht, als sich General Ali Mohsen Al-Ahmar am 21. März der Protestbewegung auf dem Platz anschloss und die Mehrheit der Armee mitbrachte. Dadurch entstand eine Kontroverse zwischen jenen Demonstrationsteilnehmern, die gespalten waren zwischen den Islah-Mitgliedern, die mit ihm auf die eine oder andere Weise verbündet oder durch Stammes- bzw. ideologische Zugehörigkeit mit ihm verbunden waren und ihn begrüßten, und jenen, die in ihm eine reale Bedrohung des friedlichen Charakters der Revolution sahen, ganz abgesehen von seiner Geschichte als Verwandter von Salih und der militärischen eisernen Faust, mit der er 1994 im Süden und in Saada gekämpft hatte.

Wie erwartet wurde General Ali Mohsen zu einer Last der Revolution aufgrund des durch ihn verkörperten militärischen Gewichts, was ihn ganz einfach zum Pendant der Nationalgarde des Regimes machte. Die Folge war, dass die Furcht vor einem Bürgerkrieg nach dem 21. März zum größten Albtraum der Jemeniten wurde, zumal bekannt war, dass die Eskalation der Gewalt gegen die friedlichen Demonstranten einer von vielen Versuchen war, die Armee in einen bewaffneten Konflikt mit der Nationalgarde hineinzuziehen. Dies fügte auch dem Image der Revolution in den internationalen Medien ernsthaften Schaden zu, da sie die Situation als einen Machtkampf zwischen Cousins betrachteten und nicht als Aufbegehren der Nation für Frieden, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Der bewaffnete Konflikt zwischen dem Regime und den Söhnen von Al-Ahmar, die im vergangenen Mai die Hashid im Gebiet Al-Hasaba in Sanaa vertraten, trug dazu bei, dass das Regime seinen Plan verwirklichen konnte, die Aufmerksamkeit der Welt von den Menschenrechtsverletzungen gegenüber friedlichen Demonstranten abzulenken und stattdessen das Augenmerk auf den Machtkampf unter Cousins zu richten. Die letzte Herausforderung kam schließlich am 18. September, sechs Monate nach dem Freitag der Würde, als das Regime friedliche Demonstranten mit Panzerfäusten und Bomben angriff und auf die abtrünnigen Truppen von General Ali Mohsen das Feuer eröffnete und so einen bewaffneten Konflikt auslöste, der sich über zwei Wochen fortsetzte und viele Zivilpersonen das Leben kostete. In ähnlicher Weise griff das Regime weiterhin den Platz der Freiheit in Taiz unter Einsatz von Gewalt, u. a. durch Beschuss und Niederbrennen der Zelte der Demonstranten an, um die Stämme dort in einen weiteren bewaffneten Konflikt zu ziehen.

Es begann sich jedoch ein anderer Ton durchzusetzen, trotz aller Versuche, den Schauplatz einer friedlichen Revolution in einen breiten Bürgerkrieg umzuwandeln, manchmal durch bewaffnete Konflikte zwischen der abtrünnigen Armee mit der Familie von Al Ahmar und dem Regime, aber auch zwischen der Luftwaffe und den Stämmen in Nehm nahe von Sanaa, ganz abgesehen von den bewaffneten Auseinandersetzungen, die immer wieder zwischen sunnitischen Fundamentalisten und den zaiditischen Huthis in Hajja, Al Jawf und Dammaj aufflammten. Die jungen Linken und Liberalen bahnten sich einen Weg durch dieses Chaos mithilfe bürgerlicher Aktivisten, um den friedlichen Ansatz der Revolution entfernt von all den Auseinandersetzungen zu bewahren, indem sie die Ziele und Methoden der Revolution hervorhoben, die anderen gewaltsamen Methoden ablehnten und die schwierige kollektive Bestrafung erduldeten, die die Regierung gegenüber den Menschen verhängte, wie zum Beispiel 20 bis 22 Stunden andauernde tägliche Stromausfälle sowie Wassermangel, ständig steigende Preise für grundlegende Nahrungsmittel, Benzin und andere Produkte.

Während all dieser geballten Ereignisse stimmte die traditionelle Opposition, die JMP, zu, die Initiative des Rates der Golfstaaten nach einer Reihe von Verhandlungen zwischen Sanaa und Riad zu unterzeichnen. Salih stimmte immer wieder zu und lehnte dann wieder ab und schaffte es dadurch, die Initiative der Golfstaaten fünfmal zu ändern, wobei er darauf bestand, dass ihm vollständige Immunität gegen jegliche rechtliche Strafverfolgung gewährt werde, obwohl er das ganze Jahr über in seinen Reden immer wieder behauptete, sein Regime habe keinerlei Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Demonstranten

begangen.

Als die JMP die Initiative der Golfstaaten im Mai und dann den detaillierten Plan im November unterzeichnete, fühlten sich die Jugendlichen auf den Plätzen durch die traditionelle Opposition betrogen, weil sie eine Vereinbarung unterzeichnet hatten, die Salih vollständige Immunität vor Strafverfolgung gewährt. Aufgrund des Mangels an anderen Optionen und der ständigen Gefahr eines Bürgerkrieges insbesondere mit der Belastung der Revolution durch General Ali Mohsen blieb den Demonstranten auf den Plätzen nichts anderes übrig, als sich mit dieser Initiative abzufinden, zumal sie wussten, dass die Golfstaaten und die US-Regierung Salih immer als perfekten Verbündeten für ihre Interessen in Jemen betrachtet hatten, wo er ihnen jeglichen Zugang zum Reichtum und der Regierung des Landes verschafft hatte.

6. Der Schwierigkeiten des Übergangs

Es ist sehr schwierig, die offizielle Position der Linken getrennt zu definieren, denn sie ist Bestandteil eines größeren Gebildes, in der sich sowohl rechte als auch linke Kräfte zur JMP zusammenschlossen. Daher kann die Rolle der Linken nur als Teil der Opposition insgesamt betrachtet werden, die jetzt gemäß der Initiative der Golfstaaten 50 % der Übergangsregierung stellt. In dieser Situation wird der linke Flügel der JMP jetzt von den progressiven revolutionären Kräften als Ausgleich zu den übrigen rechtsgerichteten religiösen Parteien betrachtet.

Die fortschrittliche Elite hat ihre eigenen Befürchtungen hinsichtlich der Übergangsperiode. Themen wie die Sekularisierung der neuen Verfassung, eine Quotenregelung von 30 % für Frauen sowie Meinungs- und Glaubensfreiheit sind die Anliegen, die in einem besorgten Umfeld hinsichtlich der zu erwartenden Ereignisse zur Sprache kommen. Nach dem Zuwachs der Muslimbruderschaften in Tunesien, Marokko und Ägypten machen sich fortschrittliche Jemeniten Sorgen, dass die Islah 2014 die Parlamentswahlen gewinnen könnte. Der jemenitische Durchschnittsbürger hält jedoch eher nach neuen Gesichtern Ausschau, die weder linken noch rechten Parteien angehören. Für die meisten Jemeniten sind alle Parteien der JMP die gleiche Formation, und wenn sie zwischen einem JMP-Kandidaten und einem unpolitischen Kandidaten wählen müssten, würden sie sich für Letzteren entscheiden. Dies ist ein allzu natürliches Ergebnis nach Jahren bewaffneter Konflikte, in die diese Parteien mitunter verstrickt waren, ganz abgesehen von der Tatsache, dass es sich für viele Menschen so darstellt, dass diese Oppositionsparteien zu den Verhandlungen gemeinsam mit dem Regime nach Saudi-Arabien führen. Da der jemenitische Durchschnittsbürger also das Vertrauen in die traditionellen politischen Parteien und deren politische Praxis verloren hat, ist es für jene Parteien schwierig, mit den Bürgern den Kontakt aufzubauen, wenn sie nicht junge Leute und solche Menschen in ihre Parteien einbinden, die nicht an den in der Initiative der Golfstaaten vereinbarten Übergangsphasen beteiligt waren.

Die äußeren Eingriffe in die jemenitische Politik könnten als der bedeutendste Faktor bei der Lenkung der Geschicke der Nation beschrieben werden. So wurden einerseits durch US-Drohnen im Süden des Landes Dutzende Menschen getötet, andererseits verbrannten Hunderte Menschen bei lebendigem Leib in der Munitionsfabrik in Abyan, die von einer jemenitischen Antiterror-Einheit in die Luft gejagt wurde. All diese Übergriffe gegen die jemenitische Unabhängigkeit im Namen der Terrorismusbekämpfung sind Teil der Doppelmoral der Politik der US-Regierung gegenüber der jemenitischen Revolution. Der amerikanische Botschafter in Sanaa, der sich oft in den Medien darüber äußerte, was seines Erachtens für das Land gut ist, bekräftigte seine Unterstützung dafür, dass Ahmed Ali Abdullah Salih, der Sohn des Präsidenten weiterhin die Befehlsgewalt über die Nationalgarde ausüben sollte und beschrieb ihn als eine Investition für die US-Regierung, die ihn als Befehlshaber der Antiterror-Einheiten in Jemen und dem Nahen Osten ausgebildet hat. Auf der anderen Seite steht Saudi-Arabien mit seiner historischen Unterstützung der Stammesherrschaft in Jemen, das sich gegen jegliches Projekt zur Umwandlung von Jemen in einen bürgerlichen Staat stemmt. Zudem kann sich die Unterstützung der Saudis für eine theokratische Orientierung ebenfalls als Hindernis für fortschrittliche Jemeniten erweisen, die einen bürgerlichen Staat anstreben.

7. Aussichten

Nach den Wahlen vom 12. Februar 2012 wurde der Vizepräsident Abdurabu Mansur Hadi für die Übergangsperiode Präsident von Jemen. Trotz der geteilten Meinung, die die Wahlen mit einem einzigen Kandidaten hervorrief, einigten sich alle Akteure – ob sie nun für oder gegen die Wahlen waren – darauf, auf die Konferenz des Nationalen Dialogs zu setzen, um alle Diskussionspunkte zur Sprache zu bringen. Die

Prioritäten für diesen Zeitraum können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Rückzug aller Streitkräfte aus den Städten und Auslagerung aller Militärstützpunkte aus den Städten.
- Einbeziehung aller Akteure des jemenitischen gesellschaftlichen und politischen Spektrums, insbesondere der Frauen, der Bewegungen der Südens und der Huthi und deren Vertretung auf der Konferenz des Nationalen Dialogs und im Ausschuss zur Erarbeitung der Verfassung
- Beginn der Vorbereitungen zur Umstrukturierung der Armee gemäß den Empfehlungen des Gesandten der Vereinten Nationen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gefahren für die jemenitische Revolution immer noch vielfältig sind. Die Bedrohung durch bewaffnete Konflikte stellt möglicherweise die größte Gefahr dar, da dies für jeglichen friedlichen Kampf das Aus bedeuten kann. Religiöse Abschottung und Ablehnung jeglicher fortschrittlicher Ansätze sind mehr als ein ideologischer Konflikt, wenn sich diese Ideologien hinter Kalaschnikows und Panzern verschanzen. Vorfälle, wie die gegenwärtigen Angriffe auf linke Schriftsteller und Aktivisten durch Islah-Gelehrte der Muslimbruderschaft, die die Verfolgung und Bestrafung einer linken Schriftstellerin und Aktivistin wegen eines Artikels forderten, in dem sie deren Standpunkte als Verteidiger der Religion erklärte, können nur als Alarmzeichen betrachtet werden, dass die Übergangsperiode mit Geschick bewältigt werden muss, besonders wenn es um die Umstrukturierung der Armee, bewaffnete Zivilpersonen und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung geht, die die Glaubens- und Redefreiheit sowie die Gleichstellung der Geschlechter garantieren soll.

März 2012

Autorin:

Sara Jamal Ahmed ist Aktivistin der demokratischen Jugendbewegung Jemens